

AUSGESPIELT?

Welche Lehren wir alle aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ziehen können

Haben Sie als Kind Monopoly gespielt? Dann werden Sie sich erinnern an tränenreiches Verlieren, vielleicht auch an gemischte Gefühle beim Kassieren der ruinösen Miete als Schlossalleebesitzer und die bange Hoffnung, dass es einen selbst nicht erwischt. Heute wissen wir, dass das »Immer-mehr-haben-Wollen« unheilvoll ist. Aber leben wir auch danach?

Ende November trafen sich Prof. Dr. Johannes Hoffmann und Prof. Dr. Gerhard Scherhorn mit Helmut Schlegel ofm und weiteren Redakteuren der Zeitschrift »wege mit franziskus« zum Gespräch über Konsequenzen aus der gegenwärtigen Krise.

Pater Helmut, weshalb interessieren sich Franziskaner für die aktuelle Finanzkrise?

Helmut Schlegel: Weil es in der gegenwärtigen Krise nicht nur um Fragen des technischen Ablaufs auf den Finanzmärkten geht, sondern auch um unser Wertesystem. Durch die Finanzkrise wird sichtbar, dass wir insgesamt zu wenig nachhaltig denken. Dabei hätten wir es bitter nötig angesichts solcher Probleme wie Klimaschutz, Hunger und Armut. Ich denke, dass gerade die Ärmsten die Krise am heftigsten zu spüren bekommen werden. Ich sehe es als Aufgabe von uns Franziskanern, Anwalt der Armen zu sein, ihnen eine Stimme zu geben. Außerdem betrifft dieses Thema eben auch unseren Lebensstil, unser aller Konsumverhalten. Wir sind Teil dieses Systems, das nur funktionieren kann, wenn ein bestimmtes Kaufverhalten bzw. bestimmte Werte sich durchsetzen. Auch an dieser Stelle müssen wir Franziskaner uns äußern, ebenso wie Kirche insgesamt.

Alle tun sehr überrascht über die Auswirkungen der Krise, obwohl doch seit Jahren davor gewarnt wurde, die Finanzmärkte von der Realwirtschaft abzukoppeln.

Prof. em. Dr. Gerhard Scherhorn (* 1930) war Rektor der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg und von 1974 bis 1979 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (»Die fünf Wirtschaftsweisen«). Von 1976 bis zu seiner Emeritierung 1998 lehrte er Konsumtheorie und Verbraucherpolitik an der Universität Hohenheim und konzentrierte sich anschließend auf seine Mitarbeit am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH. Dort war er von 1996 bis 2003 Direktor der Arbeitsgruppe »Neue Wohlstandsmodelle« und anschließend bis 2005 Leiter der Forschungsgruppe »Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren«. Gemeinsam mit Johannes Hoffmann leitet er die Projektgruppe »Ethisch-Ökologisches Rating« der Goethe-Universität Frankfurt.

Gerhard Scherhorn: Die Warner waren nur eine sehr kleine Minderheit, die sich gegen den Mainstream nicht hat durchsetzen können. Der neoliberale Grundstrom hat sich seit Jahrzehnten in den Köpfen der Menschen festgesetzt. Angefangen hat es mit der Gründung der Mont Pelerin Society im Jahr 1947. Diese sehr geachtete Versammlung von Wissenschaftlern löckte wider den Stachel der damals herrschenden Lehre des Keynesianismus und propagierte die Freiheit des Marktes. Die neoliberale Philosophie, der Glaube, dass der Markt und nicht der Staat das entscheidende Element gesellschaftlicher Ordnung sei, wurde dann über die Jahrzehnte hin zur herrschenden Lehre. Diese Idee hat sich auch deshalb durchgesetzt, weil sie sich mit den materiellen Interessen der wirtschaftlichen Elite verbunden hat. In den USA war es eine Strategie der Marktheoretiker, die an die Selbstregulierung der Märkte geglaubt haben und denen es gelungen ist, dass von der Wirtschaft zahlreiche »Think Tanks« finanziert wurden. So wurde diese Ideologie unter das Volk gebracht.

In Deutschland setzte sich der Neoliberalismus als herrschende Lehre ja erst in den neunziger Jahren durch, systematisch gefördert durch Initiativen wie die »Neue Soziale Marktwirtschaft«. Wie ist das Verhalten von Politikern zu bewerten, die die aktuelle Entwicklung vor allem auf das unverantwortliche Handeln von Bankern und Spekulanten zurückführen? Gleichzeitig haben sie durch Maßnahmen wie staatliche Deregulierungen die Rahmenbedingungen für deren Aktivitäten erst geschaffen ...

Johannes Hoffmann: Es ist nicht so einfach, wie es häufig dargestellt wird. Natürlich haben Banken die von staatlicher Seite gegebenen Möglichkeiten ausgenutzt, und manche Spielernaturen unter den Finanzjongleuren haben es bis ins Extreme ausgedehnt ...

Gerhard Scherhorn: ... und zwar legal! Denn die nationalen Kontrollen fielen größtenteils weg und wurden nicht durch internationale ersetzt. Vorher war es ja überhaupt nicht möglich, Derivate, also neue Wetten, an den Aufsichtsbehörden vorbei

zu erfinden und auf die Finanzmärkte zu bringen, es gab auch keine Hedgefonds und Private-Equity-Fonds.

Johannes Hoffmann: Diese Private-Equity-Gesellschaften betreiben Firmenübernahmen mit geliehenem Geld, das die übernommene Firma zurückzahlen muss. Dann ziehen sie das Eigenkapital heraus und lassen die Firmen mit den Schulden sitzen, die daran in der Regel kaputtgehen. Die übernommenen Firmen werden dazu gezwungen, noch effizienter zu produzieren, geringere Löhne und Gehälter zu zahlen und noch weniger auf die Umwelt zu achten, um überhaupt die geforderten Renditen zu erwirtschaften. Das gleiche Problem besteht bei den Hedgefonds, die auch bis zu 80 Prozent kreditfinanziert sind und damit Wetten abschließen auf steigende oder fallende Kurse ...

Wir als Konsumenten haben uns dabei eigentlich ganz wohlfühlt. Aufgrund des dadurch entstehenden brutalen Wettbewerbs, der sich an keine Regulierung halten musste, konnten wir von niedrigen Preisen profitieren. Der Konsument geht dahin, wo er die billigsten Preise bekommt, obwohl er auf der anderen Seite von den Folgen betroffen ist. Die tiefen Preise sind nur über niedrigere Löhne und Gehälter, unsichere Arbeitsverhältnisse wie Zeitarbeit und auf Kosten der Umwelt möglich. Und da sehe ich ein großes Problem: Wie können wir die Menschen darüber aufklären,

dass sie mit diesem System verschaukelt worden sind, oder wie es Robert B. Reich in seinem Buch »Superkapitalismus« formuliert: Wir haben uns als Konsumenten wie Könige gefühlt, aber wir wurden als Bürger des Staates entmündigt.

Gerhard Scherhorn: Hinzu kam, dass auch kleine Geldanleger plötzlich dachten: Man kann reich werden, man kann mit Finanzanlagen hohe Renditen erzielen. Für die kleinen Vermögen hat das natürlich nie gestimmt, aber es hat sich in den Köpfen eingenistet. Auch Vermögensverwalter haben darauf spekuliert – im falschen Glauben, dass der gute Zweck die Mittel heilige. In Fällen wie im aktenkundig gewordenen der Oldenburgischen Landeskirche wurden Millionen in den Sand gesetzt.

Aber kann man an dieser Stelle nur von Opfern reden? Wer spekuliert, muss doch wissen, dass solche Geschäfte mit einem hohen Risiko behaftet sind. Und muss man nicht auch darauf achten, wofür das Geld angelegt wird?

Gerhard Scherhorn: Natürlich, und das gilt insbesondere für die Vermögensverwalter von Kirchen, die eigentlich schon immer nach ethischen Kriterien hätten anlegen müssen. Wenn diese Landeskirche darauf geachtet hätte, das Geld bei Unternehmen anzulegen, die nachhaltig wirtschaften und ethisch einwandfrei sind, dann hätte sie dieses Problem jetzt nicht. Da gibt es eine Mitschuld und ein unverantwortliches Handeln. Außerdem muss klar sein, dass die hohen Steigerungsraten auch in der Realwirtschaft nur durch Externalisierung, also

durch Abwälzung von Kosten, erzielt werden können. Wenn aber alle auf hohe Renditen schauen, ist nachhaltige Entwicklung nicht mehr möglich.

Ich kenne Lehrerpaaire – Doppelverdiener, ohne Kinder –, die behaupten, sie könnten sich die teuren Lebensmittel aus dem Naturkostlädchen des Biobauern nicht mehr leisten. Sie fahren lieber zum Discounter. Nun verdienen Oberstudienräte nicht so schlecht. Sie müssten es sich leisten können, nachhaltig zu konsumieren und könnten quasi auch ein Stück Vorbild zu sein. Ihnen müsste doch klar sein, welche Arbeits- und Produktionsbedingungen die Discounterpreise erst ermöglichen. Zeigt sich da nicht



Adventliche Diskussionsrunde im Hause der Familie Hoffmann im Taunus

eine falsch verstandene Rationalität, die zu kurzfristig gedacht ist, die Nachhaltigkeit ausblendet und daher im Grunde irrational ist? Und fehlt nicht auch ein Bewusstsein von Solidarität?

Gerhard Scherhorn: Man muss sehen, dass es einerseits die Gier des Einzelnen ist, er aber zu dieser Gier auch angestachelt wird. Werbeslogans wie »Geiz ist geil«, »Ich bin doch nicht blöd« oder »Unterm Strich zähl ich« wirken. Und der Studienrat Ihres Beispiels wird wahrscheinlich auch bemerkt haben, dass das Leben enger wurde, dass die Preise stiegen. Er hatte vielleicht das Gefühl, seinen Lebensstandard verteidigen zu müssen. Auch wenn es gar nicht stimmt, dass der Konsum ökologisch angebauter Nahrungsmittel unterm Strich teurer ist – weil man dann zum Beispiel weniger Fleisch isst und häufiger selbst kocht –, so hat sich das doch in den Köpfen festgesetzt. Und hinter all dem stand eine reale Entwicklung: die Öffnung der Einkommensschere, die mittlere Einkommen unter Druck geraten ließ. Die Reichen wurden immer reicher, Arme immer ärmer ...

Das trifft nicht nur auf die Armen hier bei uns zu. Gibt es schon Einschätzungen, wie sich die aktuelle Krise auf »arme Länder« auswirkt, die kaum einen Puffer haben, um etwaige Folgen abzufedern?

Gerhard Scherhorn: Die Krise könnte für einige dieser Länder sogar eine Chance sein, aber ich fürchte, diese Chance wird nicht genutzt werden. Im Sinne einer nachhaltigen Entwick-

lung stehen wir vor der Aufgabe, Ländern mit Regenwäldern etwas dafür zu zahlen, dass sie diese erhalten, denn die Regenwälder sind ein Gemeingut der ganzen Erde. Und in der jetzigen Situation müssen wir ohnehin etwas tun, um die Wirtschaft anzukurbeln, also sollten wir Investitionen fördern, die nachhaltiges Wirtschaften beflügeln. Es wäre zum Beispiel eine Chance, etwas gegen die Zerstörung von CO₂-Senken zu tun, Wüsten zu bewässern oder Moore zu erhalten. Stattdessen werden die reichen Länder aber sagen: »Jetzt müssen wir uns um uns selbst kümmern.« Den armen Ländern wird es also eher noch schlechter gehen. Es ist beispielsweise zu befürchten, dass China seine Ausbeutung afrikanischer Länder in dem Maße verstärken wird, wie es von der Krise betroffen wird.

Es gibt ja bereits Stimmen, die sagen: Der Neoliberalismus hat ausgedient, der Staat wird wieder stärker. Aber es könnte doch auch genau andersherum sein: Der Staat, sprich der Steuerzahler, investiert in kürzester Zeit unglaubliche Summen in die Stabilisierung des Systems.

Helmut Schlegel: Ich fürchte, es wird kein generelles Umdenken geben: Der Neoliberalismus wird eher »notrepariert«.

Gerhard Scherhorn: Es kommt darauf an, wie diese Reparatur ausgeführt wird. Es ist durchaus vernünftig, jetzt die Bankenliquidität zu stützen, denn sonst würde noch Schlimmeres passieren. Neben der Bedingung, dass die Gelder zurückgezahlt werden, müsste es allerdings eine Verpflichtung geben, mit den dann wieder möglichen Krediten nachhaltige Projekte zu fördern. Der Staat könnte die Banken verpflichten, Kredite zum Bei-

spiel für Wärmedämmung von Häusern oder für Solaranlagen zu vergeben. Solche politischen Auflagen, die den Klimaschutz voranbringen, liegen auf der Hand – aber sie werden nicht angegangen.

Johannes Hoffmann: Die Bundesregierung spielt im Grunde Feuerwehr, ohne etwas dafür zu verlangen. Dabei könnte man jetzt das Problem an der Wurzel angehen, und die liegt im Wettbewerbsrecht. Denn dort sind Nachhaltigkeitsziele überhaupt nicht

berücksichtigt. Es gab Tendenzen, solchen Instrumenten im EU-Recht zum Zuge zu verhelfen, und im deutschen Wettbewerbsrecht gab es bis zu seiner Änderung im Jahr 2003 in der Generalklausel einen unbestimmten Rechtsbegriff, nämlich dass der Wettbewerb nicht gegen die »guten Sitten« verstoßen darf. Damit wurde über 100 Jahre, angepasst an die jeweilige Situation, Recht gesprochen. Dies wurde aber sehr stark eingeschränkt. Heute müsste in der Generalklausel eingefügt werden, dass der Wettbewerb sowohl ökonomische als auch ökologische und sozial-kulturelle Nachhaltigkeit berücksichtigen muss.

Gerhard Scherhorn: Die Sozialbindung des Privateigentums – nichts anderes würde heute hinter dieser Generalklausel stehen – gibt es auch in der Grundrechte-Charta der EU. Dort steht im Paragraphen 17: »Die Nutzung des Eigentums kann gesetzlich geregelt werden, soweit dies für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist.« In dieser Charta ist auch die nachhaltige Entwicklung bereits verankert. Man könnte also durchaus in Deutschland die Gesetze gegen unlauteren Wettbewerb und gegen Wettbewerbsbeschränkungen um eine solche Klausel ergänzen. Vor allem aber muss man das Aktiengesetz verändern. Dort steht bisher, dass der Vorstand allein darauf verpflichtet ist, das Vermögen der Aktionäre zu mehren. Ein Aktionär, der diese Verpflichtung verletzt sieht, kann den Vorstand verklagen. An dieser Stelle müsste eingefügt werden, dass der Vorstand gleichrangig die nachhaltige Entwicklung berücksichtigen muss. Dann brauchte der Vorstand nicht zu befürchten, dass er zur Rechenschaft gezogen wird, wenn er zum Beispiel keine Arbeiter entlässt, sondern lieber die Bereitschaft zu kürzeren Arbeitszeiten fördert. Eine solche Gesetzesänderung würde den Aktiengesellschaften nicht das Genick brechen.

Helmut Schlegel: In dieser Richtung zu wirken, so wie es Ihre Projektgruppe mit Symposien und Ähnlichem tut, ist natürlich wichtig. Ich frage mich aber auch: Wie wirken wir auf das Bewusstsein der Menschen, auf ihr Konsumverhalten? Ich habe momentan den Eindruck, es gibt eine Lähmung. Viele Menschen sehen sich als Opfer, die die Zeche zahlen, weil »die da oben« Mist machen und auch noch Geld dafür bekommen. Aus dieser Opferrolle muss man die Leute rausholen. Das kann durch kleine Aktionen geschehen, indem man den Menschen konkret sagt, was sie tun können, zum Beispiel wo sie einkaufen können, was »Fairer Handel« ist und bewirkt. Hier können die Kirchen, die nach wie vor ein gesellschaftlicher Faktor sind, und auch Orden eine wichtige Rolle spielen.

Wie müssten Konjunkturprogramme aussehen, die ja alldenthalben diskutiert werden, um den von Ihnen genannten Anforderungen zu entsprechen?

Gerhard Scherhorn: Sie müssten in erster Linie Klimaschutzziele anpeilen, das ist das dringendste Problem. Allein mit diesem Gedanken könnte es ein größeres Programm geben, als es die Bundesregierung jetzt vorhat. In diesem Sinne gäbe es auch eine Reihe von Gesetzesänderungen, die gar kein Geld kosten würden. In Hessen ist es zum Beispiel auf 90 Prozent der Lan-



Prof. em. Dr. Johannes Hoffmann (*1937) lehrte Moralthologie und Sozialethik am Fachbereich Katholische Theologie der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main. Seit 1993 ist er geschäftsführender Projektleiter der Projektgruppe »Ethisch-Ökologisches Rating« der Goethe-Universität Frankfurt. Die Gruppe hat gerade ein Communiqué mit dem Titel »Politische Leitplanken für nachhaltige Märkte und nachhaltigen Wettbewerb« veröffentlicht. Es ist das Ergebnis eines Expertensymposiums, das sich im Mai dieses Jahres unter anderem mit Fragen einer zukunftsfähigen Anpassung von Finanzmärkten beschäftigt hat. Johannes Hoffmann ist zudem seit 1999 Mitglied des Vorstandes des Wissenschaftlichen Beirates der oekom research AG in München und war von 2000 bis 2007 Vorsitzender des Vereins für ethisch orientierte Investoren (CRIC e.V.), dessen Ehrenvorsitzender er heute ist. Gemeinsam mit P. Helmut Schlegel ofm ist er Beiratsmitglied der Bank für Orden und Mission.

desfläche nicht gestattet, Windkraftanlagen zu errichten. Solche Dinge müsste man angehen.

Johannes Hoffmann: In Bezug auf die Autoindustrie wäre ein Konjunkturprogramm, das unabhängig von Größe und CO₂-Ausstoß Steuerfreiheit für neu gekaufte Wagen gewähren würde, kontraproduktiv! Stattdessen sollte man die Entwicklung von sparsamen und schadstoffarmen Fahrzeugen subventionieren.

Welche Orientierung kann die katholische Soziallehre in dieser Krise geben? Wo muss sie vielleicht in Bezug auf heutige Bedingungen fortgeschrieben werden? Und welche Rolle kann ein Instrument wie die soziale Marktwirtschaft auf internationaler Ebene spielen?

Gerhard Scherhorn: Die Weiterentwicklung der Marktwirtschaft erfordert, dass nachhaltige Entwicklung nicht nur als Staatsziel, sondern auch als Ziel der Unternehmen und der Konsumenten in das Wirtschaftsrecht implementiert wird. Das muss heute zum Gedanken der sozialen Marktwirtschaft gehören.

Johannes Hoffmann: Und eigentlich auch in die katholische Soziallehre. Ihre vier Prinzipien Personalität, Subsidiarität, Solidarität und der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, die Papst Paul VI. in seiner fünften Enzyklika »Populorum progressio« – »Die Entwicklung der Völker« – formuliert hat, sind nach wie vor aktuell. Wenn die katholische Kirche das wirklich umsetzen würde, hätte sie viel zu tun.

Helmut Schlegel: Ich glaube, die katholische Soziallehre muss und wird wieder auf den Tisch kommen. Und sie muss fortgeschrieben, aktualisiert werden. In manchen Dingen, etwa der sozialen Bindung des Privateigentums, hat sich die Kirche in den letzten Jahrzehnten zu sehr zurückgehalten, hat zu wenig eingefordert. Zu den vier Prinzipien kommt dann vielleicht noch die Frage der weltweiten Verantwortung hinzu, vor allem der Aspekt des Klimaschutzes. Die über die menschliche Gesellschaft hinausgehende Verantwortung für den Planeten Erde muss einbezogen werden. Ich hoffe, dass diese Diskussion von den Kirchen in die Gesellschaft hineingetragen und von der Kirche auch selber umgesetzt wird, zum Beispiel in ihrer Geldanlagepolitik.

Gerhard Scherhorn: Was den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital angeht, muss man sagen: Es wäre wirklich schon ein großer Fortschritt, wenn es überhaupt einen Gleichrang gäbe! Marjorie Kelly führt hierzu in ihrem Buch »The divine right of



Ein Konjunkturprogramm, das Klimaschutzziele in den Mittelpunkt stellt, wäre das Gebot der Stunde. Es würde die Wirtschaft ankurbeln, ohne der Generation von morgen neben den Schulden auch noch eine zerstörte Umwelt zu hinterlassen.

capital« aus, dass man im Grunde nur die Prinzipien der Erfolgsrechnung eines Unternehmens umstellen müsste: Dort stehen bislang die Gewinne auf der einen Seite und die Arbeitskosten auf der anderen Seite. Das bedeutet, dass die Löhne der Arbeiter Kosten sind, die verringert werden müssen. Kelly fragt: Wie wäre es denn, wenn die Einkünfte der Arbeiter und der Kapitalbesitzer auf der gleichen Seite stünden? Das wäre im Rahmen einer Übereinkunft durchaus machbar. Es bedeutet konkret, dass die Beschäftigten neben einem festen auch einen variablen Einkommensteil haben, der am Jahresende ausgezahlt wird, falls das Unternehmen schöne Gewinne gemacht hat. Bei einzelnen Unternehmen gibt es das schon, aber es müsste zum Grundprinzip werden. Dann würde die Diskussion entfallen, die immer aufkommt, wenn Unternehmen argumentieren, sie müssten den erarbeiteten Gewinn für künftige Investitionen verwenden und könnten ihn nicht mit den Arbeitern teilen. Denn die Beteiligung am Gewinn bedeutet zunächst einmal höhere Löhne in der Vergangenheit, ohne Belastung der Zukunft.

Ist es nicht auch ein Problem der katholischen Soziallehre, dass sie für ein Wirtschaftssystem gedacht ist, in dem es vor allem Familienunternehmen gibt, die langfristig planen, Beziehungen zu den Arbeitnehmern unterhalten usw., und nicht für global agierende Kapitalgesellschaften, die von Anteilseignern regiert werden und an kurzfristige Interessen gebunden sind? Wie kann man eine solche Lehre oder Theorie derart »modernisieren«, dass sie in der heutigen Realität etwas bewirken kann?

Gerhard Scherhorn: Indem diese Lehre fragt, welche Gegenleistung eigentlich die Aktiengesellschaften für ihr Privileg der begrenzten Haftung erbringen!



© MATTY SWANBY / FOTOLIA

Bewusste Verbraucher können viel bewegen!

Statt nur auf unsere Bequemlichkeit zu achten und kurz-sichtig nach dem billigsten Angebot zu greifen, können wir uns rational verhalten, uns informieren und die langfristigen Folgen unseres Handelns bedenken.

Wir können uns beim Einkauf von Lebensmitteln und Konsumgütern fragen:

- Wie sieht es mit der Energiebilanz aus?
- Wie sind die Produktionsbedingungen, sind sie sozial vertretbar?
- Wurde das Produkt ökologisch erzeugt, bzw. stammt es aus artgerechter Tierhaltung?
- Wurde es fair gehandelt?
- Welche Entfernung wurde zurückgelegt, ist es ein Produkt regionaler Herkunft?

Wir können Überflüssiges und Teures einfach im Regal stehen lassen und auf Langlebigkeit anstatt auf Masse setzen.

Wir können bewusst mit den begrenzten Ressourcen unseres Planeten umgehen und Energie sparen.

Wir können unseren Strom von einem Ökostromanbieter beziehen.

Wir können uns dafür entscheiden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder möglichst umweltfreundlichen Pkws zu fahren.

Wir können nahe gelegene Reiseziele entdecken, statt nur teure Fernreisen in Betracht zu ziehen.

Wir können unser Geld bei Banken anlegen, die ethisches Investment betreiben.

Wir können aufhören, uns nur als Spielfiguren zu begreifen. Auch wenn eine ideale Welt vorerst ein Wunschtraum bleibt und Kompromisse zum Alltag gehören: Wir können uns für einen nachhaltigen Konsum entscheiden und als bewusste Verbraucher viel bewirken.

Helmut Schlegel: Es müsste uns gelingen, ein Wort wie »Lebensqualität« in die Gewinnrechnungen einzubeziehen, als Mehrwert, wo bislang nur Kapital gezählt wird. Gesellschaftlich betrachtet ist das doch eine Milchmädchenrechnung, wenn man etwa an das Gesundheitssystem denkt, dessen Kosten explodieren, weil die Menschen in diesem System physisch und psychisch krank werden. Die Frage, was ein Leben lebenswert macht, darf eben nicht nur materiell beantwortet werden. Es ist eine Frage der Werte, bei der wir Theologen wieder ins Spiel kommen. Wir Franziskaner müssen deutlich machen, was heute ein lebenswertes Leben ist. Unsere »Armut« ist nicht nur ein Verzicht, sondern der Hinweis darauf, dass Leben mehr wert ist als Geld!

Gerhard Scherhorn: Das könnten Sie gut zusammenbringen mit der nachhaltigen Entwicklung, wie sie im Brundtland-Report definiert ist: In diesem Sinne haben Bedürfnisse der künftigen Generationen den gleichen Rang wie die Bedürfnisse der heutigen Generationen – und Bedürfnisse sind dort Grundbedürfnisse, zu denen auch die gelungene soziale Beziehung, die Entwicklung der eigenen Fähigkeiten, die Arbeit für die Gemeinschaft und andere immaterielle Befriedigungen zählen. Es sind nicht nur die materiellen Bedürfnisse.

Welche Entwicklung erwarten Sie, welche erhoffen Sie sich, sowohl für Deutschland als auch international?

Gerhard Scherhorn: Zu erwarten ist, dass es eine Veränderung der internationalen Gleichgewichte gibt. Der Einfluss der USA wird zurückgehen, der Chinas, Indiens und Brasiliens zunehmen. Es könnte dann ein multipolares Gleichgewicht geben. Damit das gut wird, hoffe ich auf eine Stärkung internationaler Institutionen, der UNO und eine internationale Aufsicht der Finanzmärkte. Und es müsste eine Art Aufsicht über die Rohstoffe geben, auch über die Regenwälder. Es gibt zum Beispiel treuhänderische Organisationen – commons trusts –, die die private Nutzung von Gemeingütern, zum Beispiel die Emission von Klimagasen, kontrollieren.

Wie schätzen Sie die Möglichkeit ein, dass durch diese Krise zumindest tendenziell eine Veränderung des weltweiten Wirtschaftens eingeleitet wird?

Helmut Schlegel: Ich habe schon die Befürchtung, dass es in der Krise jetzt Schnellschüsse gibt und damit der Neoliberalismus nicht hinterfragt, sondern aufgepäppelt wird. Aber Krisen können auch das Bewusstsein verändern, deshalb sehe ich die Chance, dass bei vielen Menschen zumindest Fragen auftauchen. Soziale Einrichtungen wie die Kirche und progressive politische Kräfte, die sich schon länger für ein Umdenken einsetzen, haben dann die wichtige Aufgabe, aktiv zu werden. Vielleicht ist es ja wirklich eine Wende, vergleichbar mit der Entstehung des Neoliberalismus 1947, der jetzt nach 60 Jahren zumindest in Teilen geplatzt ist. Ich hoffe, dass wir diese historische Chance auch nutzen.

Interview und Bearbeitung: André Madaus, Kerstin und Thomas Meinhardt